

Mitunterzeichner – Cosignataires: Ammann-St. Gallen, Bircher, Borel, Braunschweig, Chopard, Christinat, Euler, Fankhauser, Friedli, Gloor, Lanz, Leuénberger Moritz, Nauer, Neukomm, Pitteloud, Rechsteiner, Reimann, Renschler, Ruffy, Stappung, Uchtenhagen, Vannay, Zehnder (23)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Schleichende oder akute Katastrophen, wie das Waldsterben oder der Sandoz-Brand in Schweizerhalle, haben aufgezeigt, dass die Sicherheitsziele für unser Land neu definiert werden müssen.

Das Bedrohungsbild für unser Land und seine Bevölkerung hat sich gewandelt. Die zivile Umweltbedrohung hat gegenüber der militärischen Bedrohung wahrscheinlich an Gewicht massiv zugenommen.

Eine umfassende Analyse der Bedrohungsbilder im Hinblick auf Umweltkatastrophen ist dringend. Daraus sind die Konsequenzen zu ziehen bzw. die entsprechenden Sicherheitsziele zu definieren. An diesen Zielen hat sich letztlich die gesamte Bundesverwaltungstätigkeit zu orientieren.

Es wird nicht gelingen, Umweltrisiken, generell Risiken, welche die Bevölkerung und ihre Lebensgrundlagen bedrohen, auf null zu reduzieren. Sie lassen sich aber zumindest abschätzen und wahrscheinlich in vielen Bereichen minimieren.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

86.183

Postulat Oester

**Umweltverträgliches Verhalten.
Aufklärungsaktionen**

**Protection de l'environnement.
Campagnes d'information**

Wortlaut des Postulates vom 17. Dezember 1986

Angesichts des fortschreitenden Waldsterbens und der immer bedrohlicher werdenden Umweltverschmutzung, insbesondere der Atemluft und des Bodens, wird der Bundesrat eingeladen, landesweite, koordinierte Aufklärungs- und Informationsaktionen zu prüfen und unter Bereitstellung der nötigen Mittel gegebenenfalls zu realisieren.

Texte du postulat du 17 décembre 1986

A l'heure où les forêts dépérissent de plus en plus, où la pollution se fait toujours plus menaçante pour l'environnement, le sol et l'air surtout, le Conseil fédéral est invité à examiner l'opportunité d'une vaste campagne d'information coordonnée au plan national. Le cas échéant, il mettra à disposition tous les moyens nécessaires pour la réaliser.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Allenspach, Basler, Blunschy, Candaux, Chopard, Dünki, Fehr, Fischer-Hägglin, Frey, Günter, Hofmann, Jaeger, Keller, Künzi, Landolt, Lanz, Longet, Loretan, Lüchinger, Maeder-Appenzell, Mauch, Müller-Aargau, Müller-Bachs, Müller-Meilen, Müller-Wiliberg, Nebiker, Neuenschwander, Ogi, Petitpierre, Pfund, Ruckstuhl, Ruffy, Sager, Schüle, Seiler, Spälti, Stamm Judith, Steffen, Weber Monika, Wick, Widmer, Zwingli (42)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Bund hat im Umweltbereich bezüglich Information und Aufklärung der Bevölkerung in den vergangenen Jahren trotz der zur Verfügung gestellten völlig ungenügenden Mittel Beachtliches geleistet. Zu erinnern ist hier an das Kompostmerkblatt oder an die Waldbroschüre. Diese Anstrengungen genügen jedoch nicht, um einerseits den Gesetzauftrag zu gewährleisten und um andererseits der vom Bundesrat wiederholt unterstrichenen Bedeutung zur Selbstverantwortung gerecht zu werden. Unsere Staatsform verlangt, dass jeder nach dem Gesetz Pflichtige – ob Bürger oder Industrie – auch für die Umwelt Verantwortung übernimmt, denn es wäre mit der Demokratie unvereinbar, ein Heer von Umweltaufpassern auszuschicken. Damit diese Selbstverantwortung jedoch wahrgenommen werden kann, bedarf es eines minimalen Wissens um die ökologischen Zusammenhänge. Die Forderung nach Umdenken bleibt solange ein leeres Postulat, als dem Betroffenen die Gründe hierfür nicht einsichtlich sind, er die Konsequenzen seines Tuns und Lassens nicht abschätzen kann.

Der allorts zu beobachtende Graben zwischen den Worten der Besorgnis und den Taten für unsere Umwelt muss mit Informationen und konkreten, nachvollziehbaren Handlungsanleitungen gefüllt werden. Mittel hierzu wären gezielte, themenbezogene Informations- und Aufklärungsaktionen. Zu prüfen wäre speziell auch, ob für solche Aktionen Partner ausserhalb der Bundesverwaltung gefunden werden könnten. Zu denken ist hier an die Kantone, aber auch an private Organisationen. Ein Beispiel für eine gelungene derartige Kooperation bildet das vom Bundesamt für Umweltschutz gemeinsam mit der Schweizerischen Gesellschaft für biologischen Landbau und der Aktion Saubere Schweiz herausgegebene Kompostmerkblatt.

Mit Informations- und Aufklärungsaktionen würde im übrigen nicht nur der Informations- und Beratungspflicht nach Artikel 6 des Umweltschutzgesetzes, sondern auch generell dem Vorsorgeprinzip entsprochen. Denn zur Vorsorge gehören nicht nur Normen, Gebote und Verbote, sondern auch Massnahmen, die zu einem umweltbewussteren Verhalten führen. Abschliessend sei vermerkt, dass präventives Handeln immer billiger als kuratives ist; dies ruft uns das bundesrätliche Luftreinhaltekonzept schmerzlich in Erinnerung, wo festgehalten ist, dass die durch die Luftverschmutzung verursachten Kosten bereits heute jährlich die Milliardengrenze überschreiten.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

vom 25. Februar 1987

Déclaration écrite du Conseil fédéral

du 25 février 1987

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

86.823

**Postulat der LdU/EVP-Fraktion
Giftgesetz. Revision**

**Postulat du groupe AdI/PEP
Loi sur les toxiques. Révision**

Wortlaut des Postulates vom 19. Dezember 1986

Der Bundesrat wird ersucht, dem Parlament eine Revision des Giftgesetzes vorzuschlagen, welche die nach dem Unfall «Sandoz-Schweizerhalle» festgestellten Lücken schliesst und insbesondere die Einführung einer obligatorischen Folgewirkungsanalyse für umweltgefährdende Stoffe, die in der Schweiz produziert, gelagert oder durch die Schweiz transportiert werden, vorsieht. Dabei ist zu prüfen, ob nicht eine

Erweiterung der bestehenden Gesetze zu einem eigentlichen Chemikaliengesetz sinnvoll wäre, bestehen doch gerade auch zwischen den Vorschriften im Lebensmittelbereich und dem eigentlichen Giftgesetz gravierende Lücken.

Texte du postulat du 19 décembre 1986

Le Conseil fédéral est prié de soumettre au Parlement un projet de révision de la loi sur les toxiques tendant à éliminer les lacunes apparues après l'incendie de l'entrepôt Schweizerhalle de Sandoz et instituant en particulier l'obligation d'effectuer une étude d'impact concernant les substances dangereuses pour l'environnement qui sont produites, entreposées ou transportées en transit sur territoire suisse. Il examinera à ce propos l'opportunité de compléter la législation existante par une loi sur les produits chimiques, vu les graves lacunes existant entre les dispositions sur les denrées alimentaires et celles de la loi sur les toxiques.

Sprecher – Porte-parole: Günter

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die LdU/EVP-Fraktion hat vor der Wintersession in Pratteln in einem Hearing mit dem Kantonschemiker festgestellt, dass auch bei den kantonalen Stellen ein eigentliches Chemikaliengesetz gewünscht wird.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

vom 2. März 1987

Déclaration écrite du Conseil fédéral

du 2 mars 1987

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

86.912

Postulat Pitteloud

Pränatale Vorsorgeuntersuchungen.

Kostenübernahme durch die IV

Examens prénataux de dépistage des anomalies génétiques. Prise en charge des frais par l'assurance-invalidité

Wortlaut des Postulates vom 6. Oktober 1986

Obwohl Erbkrankheiten einzeln selten auftreten, ist aufgrund ihrer grossen Zahl eines von hundert Neugeborenen von einer solchen Krankheit betroffen; durch chromosomale Veränderung bedingte Krankheiten treffen eines von zweihundert und Geburtsgebrechen eines von vierzig. Insgesamt leidet ein Kind von ungefähr 25 unter einer Familienkrankheit. Glücklicherweise sind in den letzten Jahren in der Schwangerschaftskontrolle und in der Erkennung von Anomalien bei den Ungeborenen grosse Anstrengungen unternommen worden. Diese Anstrengungen verdienen Unterstützung. Viel schwerwiegender als die materielle Belastung, die der IV durch ein behindertes Kind oder eine behinderte Person entstehen – sie kann sehr hoch sein –, sind nämlich die Schwierigkeiten und die menschlichen Dramen, welche die Geburt eines körperlich- oder geistigbehinderten Kindes zur Folge hat.

Als Methoden zur Erkennung von Krankheiten bei Ungeborenen sind namentlich die Untersuchung der Amnionflüssigkeit und die Entnahme von Proben aus den Chorionzotten zu nennen, die auf ärztliche Anweisung durchgeführt werden und eine Diagnose über die körperliche und geistige Unversehrtheit des ungeborenen Kindes ermöglichen. Allerdings sind diese Untersuchungen verhältnismässig teuer. Sie kosten rund 800 Franken. Diese Summe, die im Vergleich zu den Kosten, die eine behinderte Person verur-

sacht, nicht sehr hoch ist, kann ein nicht zu vernachlässigender Faktor darstellen, zukünftige Eltern von solchen Untersuchungen abzuhalten, vor allem dann, wenn sie die Kosten allein tragen müssen.

Der Anteil der Kosten, den die Krankenkassen übernehmen, schwankt von Kanton zu Kanton, von Kasse zu Kasse oder von beratendem Arzt zu beratendem Arzt beträchtlich.

Darum bitten wir den Bundesrat, prüfen zu lassen, ob nicht die IV diese Untersuchungskosten übernehmen könnte, da sie ja am meisten davon profitieren würden.

Texte du postulat du 6 octobre 1986

Individuellement rares, les maladies héréditaires, par leur grand nombre, touchent un nouveau-né sur cent, les maladies chromosomiques un sur deux cents et les malformations congénitales un sur quarante. Ensemble, ces maladies familiales touchent un enfant sur 25 environ. Fort heureusement des pas importants ont été accomplis ces dernières années en matière de surveillance de la grossesse et de dépistage des anomalies chez un enfant à naître et ces efforts doivent être soutenus. En effet, bien plus que le coût matériel découlant de la prise en charge par l'AI de l'existence d'un enfant ou d'une personne handicapée (qui peut être chiffré) il faut considérer les difficultés et les drames humains qu'entraîne la naissance d'un enfant souffrant d'un handicap physique ou mental.

Parmi les méthodes techniques et analytiques de diagnostic prénatal, on peut citer en particulier les analyses du liquide amniotique et le prélèvement des villosités chorales (PVC) qui, pratiquées sur indications médicales, donnent la possibilité de poser un diagnostic sur l'intégrité physique et mentale de l'enfant à naître. Toutefois, ces examens représentent un coût relativement important se situant aux alentours de 800 francs. Cette somme, peu élevée au regard des coûts entraînés par la prise en charge d'une personne handicapée, peut comporter un aspect dissuasif non négligeable s'il est à la seule charge des futurs parents concernés.

La prise en charge par les caisses-maladies de ces coûts différent considérablement d'un canton à l'autre, d'une caisse à l'autre, voire d'un médecin conseil à l'autre.

Le Conseil fédéral est donc prié de faire étudier la prise en charge par l'assurance-invalidité des coûts de ces examens, cette assurance en étant, de fait, la principale bénéficiaire.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bäumlin, Bircher, Borel, Braunschweig, Carobbio, Christinat, Clivaz, Deneys, Gloor, Hubacher, Jaggi, Leuenberger-Solothurn, Longet, Meyer-Bern, Nauer, Neukomm, Reimann, Robbiani, Ruffly, Stapf, Uchtenhagen (21)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

L'auteur renonce à développer son intervention mais demande une réponse écrite.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral est prêt à accepter le postulat.

Ueberwiesen – Transmis

Postulat der LdU/EVP-Fraktion Giftgesetz. Revision

Postulat du groupe Adl/PEP Loi sur les toxiques. Révision

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1987
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	17
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.823
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.03.1987 - 08:00
Date	
Data	
Seite	521-522
Page	
Pagina	
Ref. No	20 015 265

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.